Nichtamtlicher Theil.

Die irische Frage vor dem Parlament.

In der Donnerstagssitzung des englischen Unterhauses haben sich die Parteien nach der Uebernahme des Ministerpräsidiums durch Gladstone zum ersten Male gemessen. Der Antrag Holmes hatte den Zweck, die Regierung zu einer Erklärung über die Maßregeln zu veranlassen, durch welche sie die Ordnung in Irland wiederherzustellen und zu erhalten gedenke. Gladstone wich der Beantwortung dieser Frage aus und beschränkte sich auf die Mittheilung, daß die Ordnung in Irland durch die Bodengesetze und die künftige Verwaltung gewährleistet werden solle und deshalb von diesen beiden Angelegenheiten nicht getrennt behandelt werden könne. Lord Churchill ließ sich aber mit dieser Ausflucht nicht abspeisen, sondern erklärte kurz und bündig, wie die Sachen eigentlich in Irland stehen. Dort gebe es zwei Regierungen, eine nationale und eine königliche, und deshalb sei ein Kampf zwischen beiden unvermeidlich, wenn die Forderungen der irischen Nationalpartei nicht vollständig befriedigt würden. Das waren inhaltschwere Worte, welche dem Unterhause zu denken gaben und welche wohl der Mühe werth erschienen, sie eingehend in Erwägung zu ziehen. Aber die Mehrheit des Hauses hielt sich die Ohren zu und zog es vor, die Sache unerörtert zu lassen. Der Antrag auf Vertagung der Debatte wurde mit 364 gegen 204 Stimmen und dann der Antrag Holmes ohne Abstimmung abgelehnt.

Die Sitzung des Unterhauses vom 4. März hat demnach den Beweis geliefert, daß die Mehrheit der englischen Volksvertretung, mit Gladstone den Sprung ins Ungewisse zu thun, entschlossen ist, daß sie es vorzieht, den Irländern den Willen zu thun, statt durch energische Maßregeln die Einheit des britischen Reiches aufrecht zu erhalten. Gladstone hat die Absicht, Irland eine eigene Regierung und ein eigenes Parlament mit dem Sitze in Dublin zu geben, also mit anderen Worten der Lostrennung Irlands aus dem Zusammenhang der drei vereinigten Königreiche England, Schottland und Irland die Wege zu ebnen. Das ist für die Zukunft Englands von größter Tragweite; denn damit scheidet Irland thatsächlich aus dem Gesammtverbande aus, und es kann nicht fehlen, daß sich auch Schottland eines Tages daran erinnern wird, daß es ein selbstständiges Königreich Schottland gab, das erst unter Elisabeth aufgehört hat zu bestehen.

Das, was jetzt Gladstone zu thun beabsichtigt, geht weit über Das hinaus, was Irland ohne Gefährdung der gesammtstaatlichen Interessen gewährt werden könnte, und was die irische Politik Gladstone's als ganz besonders bedenklich erscheinen läßt, ist der Mangel an Freiwilligkeit des Entschlusses. Gladstone's Willfährigkeit gegen die Irländer läßt nur die Deutung zu, daß sie aus der Furcht vor irischen Gewaltthaten entstanden ist. Die agrarischen Mordthaten, das Boycotting-System, das Fenierthum, die Mondscheinler und andere Verschwörer-Gesellschaften haben den englischen Liberalen eine solche Angst eingejagt, daß sie jetzt, nachdem die irischen Nationalen 86 Köpfe stark im englischen Unterhause erschienen sind, um ihren Forderungen Nachdruck zu geben, jeden Widerstand aufgeben und die Lostrennung Irlands von Großbritannien einfach zugestehen wollen.

Das war der wesentliche Unterschied zwischen dem Ministerium Salisbury und der gegenwärtigen Regierung, daß jenes gebrochen hatte mit der unseligen Politik des Gewährenlassens. Die conservative Regierung hielt es für unerläßlich, in Irland zunächst die Macht der königlichen Regierung zur Geltung zu bringen und die irischen Verschwörer darüber zu belehren, daß man nicht Gesetz und Recht ungestraft mit Füßen treten darf. Erst wenn die Achtung vor den Behörden in ihrem vollen Umfange wieder hergestellt war, konnte an die Abstellung der bestehenden Mißstände herangetreten werden. Nur eine siegreiche Regierung konnte mit den Iren über die wünschenswerthen Reformen in Unterhandlung treten, jede Gewährung vor Erreichung dieses Zieles ist ein Act der Schwäche, ein abgedrungenes, aber kein freiwilliges Zugeständniß. Es ist wahrlich kläglich anzusehen, wie sich Regierung und Volksvertretung vor den 86 irischen Abgeordneten beugen, wie sie ganz ohne Umschweif zugestehen, daß sie, vor die Alternative Geld oder Blut gestellt, die Börse geben, um das nackte Leben zu retten. Das giebt ein schlimmes Beispiel; denn England stellt sich damit auf denselben Standpunct, wie es die besitzenden Classen in London am 8. Februar gethan haben. Nachdem eine Bande von Räubern plündernd und zerstörend durch den reichsten Theil von London gezogen war, fand die englische Regierung nicht einmal den Muth, die Rädelsführer und Verhetzer des Pöbels zu verhaften und ihnen das Handwerk zu legen. Herr Burns fand Gelegenheit, einige Wochen später zu neuen Gewaltthätigkeiten aufzufordern, statt daß er hinter Schloß und Riegel gehalten wurde, um zur Besinnung darüber zu kommen, daß es ein strafwürdiges Verbrechen ist, Ruhe und Ordnung durch Aufhetzung der Massen zu stören.

Es besteht ein innerer Zusammenhang zwischen der irischen Bewegung und den neuesten Ausschreitungen in London, Birmingham und anderen englischen Fabrikstädten. Die beschäftigungslosen Arbeiter in London betrachten die irischen Abgeordneten als ihre Gesinnungsgenossen und Verkürzer ihrer Interessen. Was will es bedeuten, wenn einzelne Räuber, welche am 8. Februar auf frischer That ergriffen wurden, zu längeren Gefängnißstrafen verurtheilt worden sind, während die Haupträdelsführer leer ausgehen oder mit ein paar Wochen, im schlimmsten Falle Monaten davonkommen! Es tritt auch hier wieder der durchgehende Zug des englischen Volkscharakters zu Tage, sich vor dem Mächtigen zu beugen und den Schwachen auf jede Weise zu quälen und den Zwecken der Mächtigeren dienstbar zu machen. Vor den Sudanesen reißen sie aus, und Gordon lassen sie bilflos in die Hände von Verräthern fallen; aber das Königreich Birma mit seinen reichen Teakwäldern und den nach China führenden großen Verkehrsstraßen vereinigen sie mit Indien, weil sie wußten, daß die Birmanen nicht den Grad von Widerstandskraft besitzen, um den englischen Waffen auf die Dauer die Spitze bieten zu können.

Lord Churchill hat das Unterhaus nicht im Unklaren darüber gelassen, wie es kommen wird, er hat den Kampf auf Tod und Leben zwischen den Nationalen und den königlich Gesinnten angekündigt, aber dieser Kampf wird erst beginnen, wenn das Gladstone'sche Experiment einer eigenen irischen Regierung und eines irischen Parlaments die Einleitung zur Lostrennung Irlands aus dem großbritannischen Staatsverbande geliefert haben wird. Die Regierung ist in Irland durch das englische Parlament vollständig lahm gelegt, das Parlament hat gemeinschaftliche Sache mit den Aufrührern gemacht, da es die Regierung, welche energische Maßregeln gegen diese ergreifen wollte, gestürzt hat. Gladstone tröstet die ihm ergebene Mehrheit mit der Versicherung, daß das Boycotting-System, diese irische Achterklärung gegen alle Iren, welche es mit der Königin halten, abgenommen hat. Etwas Schwächlicheres, Erbärmlicheres als diese Erklärung Angesichts der 86 irischen Abgeordneten, welche den Zusammenhang Irlands mit Großbritannien lösen wollen, kann nicht gedacht werden. Das englische Unterhaus hat sich durch seine Abstimmung vom 4. März ein schlimmeres Zeugniß ausgestellt, als ihm der größte Feind Englands hätte ausstellen können. Was soll man von einer Weltmacht denken, die vor einem Haufen Verschwörer zu Kreuze kriecht und die Hauptstadt schutzlos Dieben und Räubern als Beute preisgiebt? Das Ministerium Salisbury hatte sich die größte Mühe gegeben, England in der Achtung Europas wiederherzustellen, Gladstone scheint es als seine Hauptaufgabe zu betrachten, das Werk seines Vorgängers möglichst schnell wieder zu zerstören.

Leipzig, 7. März 1886.

* In der am 4. d. M. unter dem Vorsitz des Staatsministers Staatssecretairs des Innern von Boetticher abgehaltenen Plenarsitzung des Bundesraths wurde nachstehenden Gesetzentwürfen die Zustimmung ertheilt: dem Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Herstellung des Nord-Ostseecanals, dem Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Abänderung des §. 137 des Gerichtsverfassungsgesetzes, diesen beiden Entwürfen in den vom Reichstage angenommenen, abgeänderten Fassungen, ferner dem Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Fürsorge für Beamte und Personen des Soldatenstandes in Folge von Betriebsunfällen, dem Entwurf eines Gesetzes wegen Abänderung der Gewerbe-Ordnung, dem Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Erhebung einer Schifffahrtsabgabe auf der Unterweser, endlich dem Entwurf eines Gesetzes für Elsaß-Lothringen über die Gefängnißverwaltung. Die Resolution des Reichstags zu dem von demselben abgelehnten Gesetzentwurf, betreffend die Abänderung des Gesetzes über die Abwehr und Unterdrückung von Viehseuchen, und der Gesetzentwurf über den Anspruch des Statthalters in Elsaß-Lothringen auf Gewährung von Pension und Wartegeld wurden dem Ausschuß für Handel und Verkehr beziehungsweise dem Ausschuß für Rechnungswesen und dem Ausschuß für Elsaß-Lothringen zur Berichterstattung übergeben. Auf den Bericht des Ausschusses für Zoll- und Steuerwesen wurde beschlossen, daß die obersten Landesfinanzbehörden ermächtigt werden, an denjenigen Orten, an denen ein Verkehrsbedürfniß anzuerkennen ist, Privattransitlager ohne amtlichen Mitverschluß für Sago, Sagomehl und Tapiola zuzulassen. Ueber den Entwurf eines Gesetzes wegen Heranziehung der Militairpersonen zu den Gemeindeabgaben wird in einer der nächsten Sitzungen Beschluß gefaßt werden. Eine Eingabe des Central-Vorstandes des Innungs-Verbandes „Bund deutscher Perrückenmacher und Friseur-Innungen" in Berlin, betreffend das Verbot des Ankaufes von Menschenhaaren im Umherziehen, wurde dem Herrn Reichskanzler überwiesen. Bezüglich des wegen Wiederbesetzung einer Rathsstelle bei dem Reichsgericht Sr. Majestät dem Kaiser zu machenden Vorschlags wurde von dem Ausschuß für Justizwesen Bericht erstattet. Endlich wurde auf mehrere Eingaben wegen Zulassung zur Schifferprüfung, sowie auf eine Reihe von Eingaben, betreffend die Zollbehandlung verschiedener Gegenstände, Entscheidung getroffen.

* Der bereits erwähnte, dem Bundesrath zugegangene Gesetzentwurf, betreffend die Communalsteuern der Officiere ꝛc., lautet: §. 1. Die Verordnung vom 22. December 1868 tritt außer Kraft, insoweit dieselbe der Heranziehung des außerdienstlichen Einkommens der im Officierstrang stehenden Militairpersonen, sowie der Pension der zur Disposition gestellten Officiere zu den Gemeindeabgaben entgegensteht. §. 2. Die Bestimmung über die Heranziehung des außerdienstlichen Einkommens der im Officierstrang stehenden Militairpersonen und der Pension der zur Disposition gestellten Officiere zu den Gemeindeabgaben wird der Landesgesetzgebung überlassen. §. 3. Dieses Gesetz tritt mit dem Tage seiner Verkündigung in Kraft.

* Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" schreibt officiös: „Wir haben bereits wiederholt hervorzuheben Gelegenheit gehabt, welchen Antipathien Erzbischof Dinder wegen seiner deutschen Abstammung bei der polnischen Bevölkerung Posens begegnet. Die polnische Presse schreut sich sogar nicht, dafür zu plaidiren, daß bei dem heiligen Vater Vorstellungen gemacht werden mögen, behufs anderweiter Besetzung des erzbischöflichen Stuhles von Posen-Gnesen. Ohne Verständniß für religiöse Gesichtspuncte betrachtet der Pole die Angelegenheit eben vom rein nationalen Standpunct. Ganz anders stehen sich die katholischen Deutschen in der Provinz. Aus Mittheilungen, welche uns aus Posen zugegangen sind, entnehmen wir, daß die katholischen Deutschen daselbst die Besetzung des erzbischöflichen Stuhles mit Dank anerkennen, weil sie von derselben eine Besserung der dortigen kirchlichen Verhältnisse erwarten."

* Aus Posen, 5. März, wird uns geschrieben: „Ein eigenthümlicher Zufall will es, daß nicht nur die Katholiken der Provinz Posen einen neuen Erzbischof, sondern auch die Evangelischen einen neuen Generalsuperintendenten, ziemlich zu gleicher Zeit und aus derselben Stadt, nämlich aus Königsberg in Ostpreußen, erhalten. Zum General-Superintendenten für die Provinz Posen ist nämlich an Stelle des zurückgetretenen D. Geß der Consistorialrath D. Hafe, Militair-Oberpfarrer in Königsberg in Pr., ein Sohn des Jenenser Theologen, ausersehen. Auch der neue katholische Erzbischof Dinder war in Königsberg Militairpfarrer, nämlich für die katholischen Truppen. Beide, Dinder und D. Hafe, welche nun die höchsten kirchlichen Würden in der Provinz Posen einnehmen sollen, sind daher höchstwahrscheinlich persönliche Bekannte!"

* Das amtliche „Militair-Wochenblatt" widmet dem verstorbenen Erbprinz Leopold von Anhalt folgenden Nachruf:

„Fern von der Heimath, an den Gestaden des Mittelmeeres, wo Er Heilung von einem schweren Leiden gesucht, dem Er lange mit tapferem Muthe widerstand und seinen Einfluß auf Seine gewohnte Thätigkeit verstatten wollte, verschied am 2. Februar zu Cannes infolge eines Herzschlages Leopold Friedrich Franz Ernst, Erbprinz von Anhalt Hoheit, königl. preußischer Rittmeister à la suite des 1. Garde-Dragonerregiments ꝛc., geboren den 18. Juli 1855. Dem ehrbaren Fürstenhause entsprossen, das mit den Geschicken Preußens und Deutschlands aufs Engste verflochten ist, ein Muster aller der Tugenden, die den Regenten zieren, war Sein allzu früher Heimgang ein doppelt schmerzlicher für das Land, das Ihn betrauert, und für die Armee, die in Ihm einen trefflichen Officier von hervorragender militairischer Begabung und Tüchtigkeit verliert. Seiner hohen Geburt entsprach Seine hohe Gesinnung, die Schlichtheit und Geradheit Seines Wesens, Sein scharfes und treffendes Urtheil, die ritterliche Anmuth und bezaubernde Liebenswürdigkeit Seiner ganzen Persönlichkeit. Alles was auf den Militairstand Bezug hatte, erweckte Sein lebhaftes Interesse, kühnes Wagen und Lust am mannhaften Spiele zog Ihn zur Betätigung des Reitergeistes und zum edlen Waidwerk. Wer das Glück hatte, dem Prinzen näher zu stehen, dem offenbarte sich der große Reichthum Seiner edlen Seele. — Eine unermeßliche Lücke ist durch Seinen Verlust zurückgeblieben bei den tiefgebeugten Durchlauchtigsten Eltern, den hohen Geschwistern, der liebenden, schwer heimgesuchten Hohen Gemahlin, der Prinzessin Tochter, die so früh den Hohen Vater entbehren sollte, bei Seiner ganzen, Ihm im Innersten des Herzens so treuen Umgebung, die den edlen Prinzen so hoch verehrte. Unvergeßlich ist das Angedenken dieser lichtvollen Erscheinung in Aller Herzen.

* * *

* Ueber einen bevorstehenden umfangreichen Wechsel der österreichischen Diplomaten im Auslande verlautet in Wien gerüchtweise, der Botschafter in London, Graf Karolyi, werde sich demnächst ins Privatleben zurückziehen; an seine Stelle würde Baron Calice, derzeitig in Konstantinopel, treten; Baron Mayr, jetzt Gesandter in Bukarest, soll Botschafter in Konstantinopel werden. Graf Khevenhüller, über dessen Nachfolger in Belgrad noch keine Entscheidung getroffen ist, würde nach Bukarest versetzt werden.

* Ueber die in den russischen Ostseeprovinzen herrschende Lage erhält die „Politische Correspondenz" aus St. Petersburg, 28. Februar den folgenden Bericht:

Aus den russischen Ostseeprovinzen laufen fortwährend laute Klagen über die dortigen Verhältnisse und über die Strenge ein, welche die Regierung entwickelt, um die Russificirung der Bevölkerung so schnell als möglich durchzuführen. Bekanntlich haben schon die Sprachreskripte viel böses Blut gemacht; größer noch ist die Erregung über die verschiedenen Zwangsmaßregeln, welche zur Anwendung gebracht werden, um dem orthodoxen Glaubensbekenntnisse den Weg zu bahnen. Von völlig zuverlässiger Seite wird uns mitgetheilt, daß verschiedene, hoffentlich nicht autorisirte, jedenfalls aber geduldete Propagandisten der rechtgläubigen Kirche sich in Bezug auf die Mittel zur Erreichung ihres Zweckes nicht eben wählerisch erweisen. Man nennt uns als einen ganz besonders eifrige Persönlichkeit dieser Art einen Letten, Namens Kalning, der die Bekehrung der Esten zu seiner Lebensaufgabe gemacht zu haben scheint. Es heißt, er zahle jedem „Bekehrten" drei Rubel in baarem Gelde aus, ob aus eigener Tasche oder aus irgend einem anderen Fonds ist mir nicht bekannt. Andere Werber erzählen den Bauern, daß sie „Land erhalten werden, ganz wie die Bauern im übrigen Rußland", wenn sie zur orthodoxen Kirche übertreten. Das bei den Bauern aller Länder stark entwickelte Verständniß für materielle Vortheile läßt es erklärlich erscheinen, daß ziemlich viele sittliche und letzliche Bauern es mit dem orthodoxen Glauben versuchen. Einige Zeit nach ihrer Bekehrung wünschen die Bauern selbstverständlich die ihnen gegebenen Versprechen erfüllt zu sehen, dann wird ihnen aber bedeutet, daß sie warten müssen, bis alle baltischen Bauern orthodox geworden seien.

Die russischen Priester sind über diesen Zuwachs zur rechtgläubigen Kirche nicht allzu sehr erfreut, die bekehrten Bauern stellen nämlich unerfüllbare Forderungen. Sie verlangen beispielsweise, das Abendmahl solle ihnen verabreicht werden, wie in den lutherischen Kirchen, auch begehren sie lange Predigten, wie sie deren bei ihren „alten Pastoren" gewöhnt waren. Die intelligenteren russischen Priester besorgen, daß diese Neubekehrten sich bald wieder von der orthodoxen Kirche abwenden werden, obgleich es bekanntlich bei hohen Strafen untersagt ist, zu irgend einem anderen Glaubensbekenntniß überzutreten. Es dürfte sich bald zeigen, daß die orthodoxe Kirche durch diesen rein äußerlichen Zuwachs geschädigt worden ist.

Es ist begreiflich, daß auch von Seiten der lutherischen Geistlichen eine erhöhte Thätigkeit entfalten wird, um dem Abfall der Bauern entgegen zu treten, und es liegt in der Natur der Sache, daß von der einen wie von der anderen Seite die richtigen Grenzen nicht immer eingehalten werden. Die orthodoxen Priester überwachen ihre lutherischen Collegen mit Argwohn, und es ist oft genug vorgekommen, daß einer dieser letzteren sich administrative Unannehmlichkeiten zuzog, weil er seine Gemeinde mit etwas zu lebhaftem Eifer erwahnt hatte, den orthodoxen Propagandisten Ein Gehöft zu leihen.

Kürzlich ist vom Reichsrathe ein Regierungsvorschlag angenommen worden, welcher es gestattet, in den Ostsee-Provinzen Expropriationen für den Bau orthodoxer Kirchen und Schulen vorzunehmen, und zwar nach den allgemeinen Regeln, welche für die Expropriation bei Eisenbahnbauten bestehen. Es dürfte aber wenig bekannt sein, in welcher Weise dieser Vorschlag zu Stande kam. Vor einiger Zeit wendeten sich baltische Orthodoxe an den estnischen Gutsbesitzer, General Baron v. Meydell, mit dem Ersuchen, er möge ihnen ein Stück Land verkaufen, um daselbst eine orthodoxe Kirche aufzuführen. Baron v. Meydell, einer der ehrenwerthesten alten Generäle des russischen Heeres, ist ein guter Protestant und guter Este; demzufolge wurde das Gesuch kurz und bündig abgelehnt. Die Abgewiesenen beklagten sich sofort beim Procurator der heiligen Synode, Pobedonoschew, dieser fing Feuer und Flamme und begab sich unverzüglich zum Kaiser. Es erging der Befehl, die Dienstleute des Generals herbeizuschaffen. Man erfuhr aus demselben, daß der General, wie oben gesagt, zu den verdientesten Officieren des russischen Heeres gehöre und man gab es somit auf, auf administrativem Wege gegen ihn zu verfahren. In der nächsten Sitzung des Minister-Comités wurde aber ein Vorschlag zum Beschlusse vorgelegt, laut welchem es den geistlichen Obrigkeiten in den Ostsee-Provinzen jederzeit freistehen soll, zum Bau von orthodoxen Kirchen und Schulen zu Expropriationen zu schreiten. Der Vorschlag begegnete indessen einem Widerstande, den man kaum erwartet hatte. Namentlich sprach sich der Vorsitzende des Minister-Comités, v. Reutern, ganz entschieden gegen den Vorschlag aus, indem er als unerläßlich erklärte, daß eine Maßregel von dieser Tragweite alle Instanzen durchlaufe und hervorhob, daß ein Beschluß des Minister-Comités nicht ausreiche. Trotzdem wurde der Vorschlag angenommen.

Im Zusammenhange damit verdient auch noch erwähnt zu werden, daß die heilige Synode dieser Tage erachtet hat, die Bitte einer estnischen Deputation um Gestattung des Weiterbaues einer bis auf das halbe Dach fertig dastehenden evangelisch-lutherischen Kirche abschlägig zu bescheiden.

* Rußland bestellte in Schweden zehn Dampfer zu je 140 Pferdekräften mit dem sehr geringen Tiefgang von einem Meter. Fassungsraum 150 Mann. Außerdem dreißig Schleppbarkassen mit ebenso geringem Tiefgang. Es ist dies in Wien bemerkt worden, da solche Flottille auch für einen etwaigen Donau-Uebergang sehr geeignet wäre. In Rußland selbst wird eine Anzahl Rosackenboote für das Dongebiet gebaut.

* Die Erbauung des Seehafens Brügge-Heyst ist auf große Hindernisse gestoßen. Nach Feststellung der genauen Pläne hat sich ergeben, daß zur Ausführung des Projects nicht 30 Millionen Francs, wie man geglaubt, sondern 80—90 Millionen erforderlich sind. Das Ministerium verlangt ferner, daß die Unternehmer des Baues nicht nur die Capitalien schaffen, sondern auch nach Fertigstellung der Arbeiten den Betrieb des Hafens auf eigene Rechnung unter den mit der Regierung und der Stadt Brügge zu vereinbarenden Bedingungen übernehmen. Die Banque de Paris et des Pays-Bas, die das englische Consortium, das den Bau übernehmen wollte, vertritt, ist ganz von dem Unternehmen zurückgetreten. Das englische Consortium will sich innerhalb 14 Tagen endgiltig entscheiden. Inzwischen haben sich zwei andere Bewerber gefunden, die die Capitalien schaffen und alle Arbeiten für eigene Rechnung ausführen wollen: das Pariser Haus Coudreur und die Gesellschaft, die den von Deutschland jetzt selbst übernommenen Nord-Ostsee-Canal ausführen wollte.

* Das eidgenössische Departement des Innern hat die Alkohol-Commission einberufen und ihr zwei Gesetzentwürfe vorgelegt. Der eine (45 Artikel) betrifft die Besteuerung der Fabrikation und des Verkaufs von Branntwein, der andere (26 Artikel) die Fabrikation von Spiritus und den Handel mit demselben.

* Zum Stande der griechischen Rüstungen erhält die „Politische Correspondenz" den folgenden Bericht aus Athen, 21. Februar:

Die Rüstungen Griechenlands sind nunmehr nahezu vollendet. Wohl finden noch Verschiebungen der bei den drei Centralstellungen an der Grenze zusammengezogenen Truppen statt, doch sind diese Verschiebungen ganz untergeordneter Art. Was die von dem militairischen Berichterstatter der „Akropolis" gerügte Unthätigkeit der Oberleitung der griechischen Truppen, insbesondere aber die Unfertigkeit der Vertheidigungsanlagen an der Grenze und die Unwegsamkeit der Straßen anbelangt, so versuchen die officiösen Blätter alle diese Angaben abzuschwächen: insofern dieselben aber doch als zutreffend befunden worden sind, wird erklärt, daß die gegenwärtige Regenzeit überhaupt die Anlage so mancher der geplanten Befestigungsarbeiten verzögern ließ und daß, sobald die Regenzeit ein Ende nimmt, dieselben sofort, und zwar mit doppelter Energie, in Angriff genommen werden sollen. Diesfalls wird aus Arta berichtet, daß die von dem dortigen Oberst-Commandirenden, Unter-General Karaïskakis, als nothwendig befundene Anlegung von Verschanzungen auf zwei dominirenden Puncten vom Ministerium bewilligt und alsbald auch in Ausführung gebracht wurden. Die eine derselben wurde auf dem Petrovuni, die andere auf einer das Kloster von Theotokos überragenden Bergkuppe errichtet, beide aber noch allen Regeln der Befestigungskunst ausgeführt. Auch bei Malakasa an der thessalisch-türkischen Grenze ist aus Athen ein Artillerie-Hauptmann behufs Ausführung von Befestigungsarbeiten bereits eingetroffen. Wie schon letzterzeit gemeldet wurde, hat die Regierung an verschiedenen Küstenpuncten, insbesondere nahe bei der Einfahrt in die bedeutenderen griechischen Handelshäfen Befestigungsanlagen herstellen und dieselben entsprechend armiren lassen. Es scheint, daß diese Arbeiten noch nicht als genügend befunden wurden, denn im Piräus sowohl wie auf Syra werden nach einer Verfügung des Marineministers weitere Küstenbefestigungen errichtet und mit weittragenden Geschützen armirt werden.

In Bezug auf die Lieferung von Geschützen ist ein kleiner Unfall vorgekommen, der zum Glücke für die Regierung mit keinem materiellen Verluste verbunden ist. Der Dampfer „Taurus" einer italienischen Schifffahrts-Gesellschaft, der eine Lieferung von sechs Krupp'schen Kanonen und einer großen Quantität von in Italien angefertigten Uniformen an Bord hatte, ist nämlich bei seiner Hierherfahrt gestrandet, so daß die ganze Ladung zu Grunde ging. Die Regierung hatte die ganze Ladung versichern lassen, so daß für sie blos die dadurch entstandene Verzögerung zu bedauern bleibt.

Dieser Tage sind große Lieferungen russischen Getreides, das von verschiedenen hiesigen Firmen in russischen und rumänischen Häfen angekauft wurde, im Piräus angekommen, wo es von den dortigen Dampfmühlen gemahlen werden wird. Einer Triester Firma wurde die Lieferung von 200,000 Kilo Reis übertragen. — Der Erlaß des Gesammtministeriums an die Gemeinden und Municipien wegen Botirung von Beiträgen zur Anschaffung von Zugthieren, insbesondere von Maultieren für die Provinzialcolonnen und Gebirgsbatterien hat seine Wirkung gethan. Selbst die kleinsten Communen votiren ziemlich ansehnliche Beträge und die größeren beeilen sich, die schon früher votirten Summen zu erhöhen. — Die Reise des Kriegsministers, Generals Mavromichalis, nach den Grenzen zur Inspicirung der Truppen ist nur wegen eines Unwohlseins desselben verschoben worden und wird nun, wie bestimmt verlautet, im Laufe der gegenwärtigen Woche stattfinden. Der Minister reist nach Volo, von dort nach Larissa und, wie jetzt projectirt ist, längs der Grenze nach Arta.

* Die Ankunft des Fürsten Alexander in Ostrumelien hat, wie aus Philippopel, 23. Februar, gemeldet wird, eine große Beruhigung der Gemüther zur Folge gehabt. Man kann sich kaum eine Vorstellung von den Lügen und Entstellungen machen, die zur Verwirrung der öffentlichen Meinung durch von auswärts gedungene Agitatoren in Umlauf gesetzt worden waren, um den Fürsten zu discreditiren und seine Autorität zu erschüttern. Niemand glaubte an seine bevorstehende Ankunft, denn eines der Märchen lautete dahin, er traue sich nicht zu kommen, da ihm die Reise verboten worden sei. Das persönliche Erscheinen des Fürsten hat nun dieses ganze Gewebe von Lug und Trug zerrissen. Vielleicht interessiren die Anreden, mit denen der Fürst bei seiner Ankunft begrüßt wurde. Da ist vor Allem die Ansprache des Präfecten, Herrn Dimitrow, die also lautete:

„Gestatten Sie mir, Sie im Namen der Bevölkerung des mir anvertrauten Districts zu grüßen und Euer Hoheit die aufrichtigen Gefühle der Treue und Ergebenheit zum Ausdrucke zu bringen, von denen wir für Ihre Person und Ihren Thron erfüllt sind, sowie die tiefe und bleibende Dankbarkeit für jene militairischen Leistungen und die Beweise politischer Weisheit, durch welche ein ruhmvolles Blatt in die Geschichte unseres Volkes gewoben und dessen Ideal, die nationale Einigung zwischen den beiden Bulgarien im Norden und Süden, der Verwirklichung zugeführt wurde. Ich heiße Sie also als glorreichen Sieger, als unseren vielgeliebten Fürsten und gesetzmäßigen Souverain willkommen. Hoch lebe Se. Hoheit!"

Enthusiastische Hochrufe seitens der Zuguen bildeten die Antwort. Bei der ersten Triumpfpforte richtete der Bürgermeister von Philippopel folgende Ansprache an den Fürsten:

„Die Bevölkerung Philippopels verehrt es sich zum Glücke an, daß die beneidenswerthe Ehre, Euere Hoheit zu empfangen, ihr zu Theil wird. Sie haben zu der neuen Kriegsgeschichte Bulgariens einen ruhmvollen Blatt gelegt. Für immer wird es in alle bulgarischen Herzen gegraben sein: Denket an Slivnitza, Dragoman, Zaribrod und Pirot, die Vorläufer der nahen Größe des bulgarischen Volkes, und haltet Euch Euere Aufgaben der Augen. Die Bürger Philippopels sind zu schwach, Ihnen den vollen Dank für Ihre militairischen Leistungen und für die Verwirklichung der allgemeinen Sehnsucht nach der Union auszudrücken. Es giebt im Leben der Völker Momente, wo das Wort versagt und nur das Gefühl spricht. Solch' ein Augenblick ist der gegenwärtige, wo wir Sie empfangen."

Mgr. Gervasius hielt in der Kathedrale gleichfalls eine Anrede, deren Inhalt etwa der folgende war:

„Es sind etwa drei Monate her, daß wir mit schmerzerfüllten Augen in eben diesem geheiligten Raume in Gegenwart Euerer Hoheit ein Tedeum hielten, als die schmerzliche Kunde von dem Kriege kam, den Serbien und Griechenland hatte. Wir haben Euere Hoheit und Ihre christlichen Krieger mit unseren Thränen begleitet, indem wir zu Hause blieben, um Gott zu bitten, Ihnen Kraft zu senden und Ihnen auf dem Schlachtfelde gegen den treulosen Feind Stärke zu verleihen. In diesem für das bulgarische Volk geschichtlichen Augenblicke zeigte sich der Ruhm Euerer Hoheit und die Größe des Staates. In diesen kriegerischen Aktionen haben die bulgarischen Söhne, die muthigen Krieger ihres erhabenen Souverains, sich als würdige Vertheidiger ihres Vaterlandes bewährt, das durch das Blut von hunderttausenden russischen Soldaten, unseren Brüdern durch Bande des Blutes und der Religion, befreit und durch den verstorbenen Zar-Befreier Alexander Nikolajewitsch ins Leben gerufen wurde. Dieser Krieg war die wechselseitige Wirkung Ihres Heroismus und desjenigen des bulgarischen Volkes. Euere Hoheit haben sich beruhigt beim Anblicke des Muthes und des Eifers Ihrer treuen Unterthanen und die Letzteren haben die Ergebenheit ihres erhabenen Souverains zu erkennen Gelegenheit gehabt. Deswegen hat der Allmächtige Sie unsichtbar unterstützt. Sie haben glorreich gekämpft und die gerechte Sache Euerer Hoheit und deren treuer und ergebener Unterthanen hat unter Ihrem erhabenen Scepter gesiegt. Sie haben bewiesen, daß in Ihnen die Kraft David's liegt, die den nationalen [illegible] des vergangenen Jahrhunderts erneuert. Das bulgarische Volk wird im Namen des gerechten Gottes noch viele Jahrhunderte erblühen. Amen!"

Die Gymnasialprofessoren überreichten dem Fürsten eine Adresse, die folgende Sätze enthält:

„Wir sind sicher, daß Euere Hoheit nicht stille stehen wird, bevor Sie aus dem großen auch ein civilisirtes und aufgeklärtes Bulgarien gemacht haben. Stark durch Ihren Schutz, werden wir die uns anvertraute Jugend lehren, den tapferen Fürsten zu lieben, der ihre Väter und Brüder zum Siege geführt hat. Wir werden sie lehren, Ihre Vaterlandsliebe nachzuahmen und werden sie zu wackeren Helden erziehen, stets bereit, ihr Blut für ihren geliebten Fürsten zu vergießen und Geist und Muskelkraft der Größe des Vaterlandes zu weihen."

* Das als verschollen gemeldete englische Kriegsschiff „Bellerophon" ist New-Yorker Telegrammen zufolge bereits am 13. Februar wohlbehalten in Barbadoes eingetroffen. Die englische Admiralität hat jedoch noch keine Bestätigung dieser Nachricht erhalten.

* Die Nachrichten aus Egypten befestigen die Ueberzeugung, daß die Lage im Sudan so lange, wie die englischen Truppen das Land besetzt halten, eine bedrohliche bleiben wird. Man spricht von der Wiedereinnahme Dongolas und macht sich überhaupt auf Kämpfe in diesem Sommer gefaßt.

* Die Engländer erfreuen sich des wohlverdienten Rufes, sehr gute Rechner zu sein, die das Geld keineswegs zum Fenster hinauswerfen, sondern mit dem, was sie davon fortgeben, immer bestimmte praktische Zwecke verfolgen. Man darf deshalb wohl annehmen, daß die hohen Gehälter, welche England seinen Beamten auch in solchen Ländern zahlt, wo es keine Besitzungen hat, ebenso reiflich erwogen sind, wie die kolossalen Ausgaben, die es auf seine Colonien verwendet. Von diesem Gesichtspuncte aus dürfte es nicht uninteressant sein, einen Vergleich anzustellen zwischen den Gehältern, welche die englischen und die deutschen Beamten in Zanzibar beziehen. Sir John Kirk, der englische Generalconsul in Zanzibar, erhält bei freier Wohnung in dem besten Hause der Stadt 2450 Lstrl. (49,000 ℳ); der deutsche Generalconsul daselbst 24,000 ℳ, also nicht ganz die Hälfte von dem, was sein englischer Amtsgenosse empfängt. Das Einkommen des dortigen englischen Viceconsuls beläuft sich neben freier Wohnung auf 950 Lstrl. (19,000 ℳ); ein deutscher Beamter in derselben Stellung ist überhaupt nicht dort; anderswo erhalten unsere Viceconsuln etwa ein Drittel jener Summe, nämlich 6000 bis 7200 ℳ. Um auf die Großartigkeit der englischen Finanzanschauungen in Bezug auf Zanzibar hinzuweisen, wollen wir auch noch anführen, daß die Telegraphen-Compagnie in Zanzibar allein eine jährliche Unterstützung von 740,000 ℳ (37,000 Lstrl.) bezieht. Wenn man solche Zahlen liest und sich dabei vergegenwärtigt, welcher Kraftanstrengungen es seitens der deutschen Regierung bedurft hat, um den Nörgeleien gewisser Fractionen gegenüber die bescheidensten Ansprüche für die Colonien durchzusetzen, so wird man sich einen Begriff davon machen, mit welchen Schwierigkeiten unsere Regierung oftmals zu kämpfen hat, um den deutschen Einfluß und das deutsche Ansehen im Auslande, namentlich bei halbcivilisirten Völkerschaften, welche die Macht eines Landes nach der Stellung seines Vertreters beurtheilen, ungeschmälert aufrecht zu erhalten.

* Am 26. Januar 1888 werden es 100 Jahre, daß der Anfang zur Colonisation Australiens und zwar in der Gegend gemacht wurde, wo jetzt die Hauptstadt der englisch-australischen Colonie Südwales, Sydney, liegt. Diese Stadt, die im Jahre 1800 erst 2600 Einwohner hatte, zählt jetzt deren 230,000. Zur Erinnerung an jenen wichtigen Tag wird jetzt in Sydney eine Stadthalle von ungeheurem Umfang und höchster Eleganz gebaut, welche den Namen „Centennial-Hall" führen und am 26. Januar 1888 eingeweiht werden soll. Dieselbe wird 166¼ engl. Fuß lang, 85 Fuß breit und 65 Fuß hoch und einen Flächenraum von 14,152 Quadrat-Fuß einnehmen; 5000 Menschen sollen darin bequem Platz finden. Die Halle wird somit eine der größten der Erde werden und z. B. die Exeter-Hall, die St. James-Hall in London an Umfang weit übertreffen.

SLUB
Wir führen Wissen.